

Jahresbericht 2014

Organe und Gremien

Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung des BdB e.V. fand am 28. März 2014 im Rahmen der Jahrestagung in Berlin statt. Nach den vom Vorsitzenden Klaus Förter-Vondey und dem vom Geschäftsführer Dr. Harald Freter vorgetragenen Berichten wurde der Vorstand auf Empfehlung der Kassenprüfer/innen einstimmig entlastet. Im Zusammenhang mit den Berichten entspann sich u.a. eine ausführliche Diskussion über das Qualitätsregister. Der gemeinsam von Vorstand und Länderrat vorgelegte Leitantrag wurde von den Delegierten einstimmig und ohne Aussprache verabschiedet, in dessen Mittelpunkt die Vertretung der materiellen Interessen steht.

Weiter beschloss die Delegiertenversammlung, dass sich die im BdB organisierten Betreuer/innen ab sofort verpflichten, aus beruflich geführten Betreuungen kein Erbe anzunehmen. Die Leitlinien für ein professionelles Betreuungsmanagement wurden dementsprechend ergänzt. Die Versammlung beschloss ferner die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die ein mögliches Engagement des Verbandes im Bereich der sozialen Medien prüfen und ggf. konzipieren soll. Nach Vorarbeit einer Arbeitsgruppe wurde die Satzung des Verbandes an einigen Stellen geändert, u.a. wird künftig der Länderrat für den Wirtschaftsplan des Verbandes zuständig sein. Die Beschwerdestelle ist nun für alle Mitglieder des BdB zuständig. Abschließend wurde eine neue Schiedskommission gewählt.

Länderrat

Der Länderrat ist 2014 zweimal zusammengetreten. Die Sitzung am 30./31.1.2014 in Berlin diente vor allem der Vorbereitung der Delegiertenversammlung. Der Länderrat schloss sich insbesondere dem Leitantrag des Vorstands und dem Antrag des Vorstands auf Satzungsänderung an. Weiter wurden der Jahresabschluss 2013 und der Wirtschaftsplan 2014 zur Kenntnis genommen.

Auf der zweiten Sitzung am 25./26.9.2014 in Kassel befasste sich der Länderrat ausführlich mit der Verbandsstrategie und in einer ersten Beratung mit der Ausgründung des Instituts für Innovation und Praxistransfer in der Betreuung (ipb). Außerdem wurde ein Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2014 beschlossen, für den der Länderrat erstmals abschließend zuständig war.

Zur Vorbereitung bzw. zur Diskussion von Verbandsstrategie und Wirtschaftsplan trafen sich die Landesvorsitzenden

am 11.7.2014 in Kassel und die Finanzverantwortlichen am 26.3.2014 in Berlin.

Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen liegen jeweils in der Verantwortung einer Landesgruppe. Für die Januarsitzung war das die Landesgruppe Thüringen, für die im September die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen.

Vorstand

Der siebenköpfige Bundesvorstand hat im Jahre 2014 insgesamt neunmal getagt. Themen der Vorstandssitzungen waren regelmäßig die Mitgliederentwicklung, die Finanzsituation sowie Berichte aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen und seitens der Geschäftsführung. Darüber hinaus hat sich der Vorstand auf seinen Sitzungen mit der Vorbereitung wichtiger Sitzungen der Verbandsgremien (Delegiertenversammlung, Länderrat, Qualitätsbeirat) befasst.

Durchgehendes Thema der Vorstandssitzungen war die Weiterentwicklung der Verbandsstrategie zu einer Strategie der Professionalisierung des Berufes mit den daraus sich ergebenden Folgerungen für Qualität und das Vergütungssystem. In diesem Zusammenhang wurde sich weiter über die Grundlagen des Verständnisses von Betreuung als Besorgung und die daraus zu ziehenden Folgerungen beschäftigt. Ein weiteres durchgehendes Thema war die konzeptionelle Vorbereitung einer Ausgründung des Instituts und der dazu erforderlichen Beratungsunterlagen für Länderrat und Delegiertenversammlung.

Die Arbeit des Vorstandes ist nach Ressorts gegliedert, wobei das jeweilige Vorstandsmitglied mit einer bzw. einem Mitarbeiter/in der Geschäftsstelle diese Thematik bearbeitet und auf diese Weise Entscheidungen des Vorstands vorbe-



BdB-Vorstand seit 2013: v.l.n.r. Jochen Halbreiter, Iris Peymann, Heike Looser, Rainer Sobota, Thorsten Becker, Hennes Göers, Klaus Förter-Vondey

reitet. So wird auch jede BAG von einem Vorstandsmitglied und einem/einer Mitarbeiter/in betreut.

Jedes Vorstandsmitglied ist auch zuständig für eine oder mehrere Landesgruppen. Es nimmt regelmäßig insbesondere an der jeweiligen Mitgliederversammlung teil und steht als Ansprechpartner/in zur Verfügung.

Vorstandsmitglieder haben in unterschiedlichen Zusammenhängen an Gesprächen mit Politik und Ministerien auf Bundes- und Landesebene teilgenommen.

Beirat für Qualitätsentwicklung

Welche Methoden und Rahmenbedingungen gewährleisten eine gute Betreuungsarbeit? Mit dieser Frage beschäftigt sich der BdB seit seiner Gründung 1994. Unterstützung bietet der BdB-Qualitätsbeirat mit Experten aus Politik, Wissenschaft und Selbstvertretungsverbänden. Zweimal jährlich trifft sich der BdB-Vorstand mit dem Expertengremium, um Fragen der Fachlichkeit und Qualitätsentwicklung zu erörtern.

Am 17. Juni 2014 standen drei Themenfelder im Mittelpunkt der Betrachtung. Prof. Dr. Reiner Wendt verdeutlichte in seinem Vortrag zum Thema „Konstrukt der Besorgung und die Besorgungsleistung“ die Doppeldeutigkeit des Begriffs Besorgung sowie das Verhältnis zwischen Versorgung und Besorgung. Wichtig sei die entsprechende Kompetenz in der Betreuungsarbeit, um die richtige Besorgung leisten zu können. Die Leistung bestehe darin, die Aufgabenkreise korrekt zu erfassen und auszufüllen.

Klaus-Förter-Vondey informierte über die strukturellen Veränderungen in der Betreuungsarbeit, die politische Diskussion und die Überlegungen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), die erstmals zur Weiterentwicklung der Qualität in der Betreuungsarbeit geführt würden und die auch die Professionalisierungsstrategie des Verbandes unterstützen.

Wolf Crefeld (ehemals Professor für Sozialpsychiatrie an der Evangelischen Fachhochschule Bochum) konzentrierte sich in seinem Vortrag auf die Zugangsmöglichkeiten zur Betreuungsarbeit. Die besondere Vertrauensstellung, die der Staat Betreuern überträgt, führt zu einer Vergleichbarkeit der beruflichen Führung von Betreuungen mit anderen Tätigkeiten, für deren Ausübung eine Berufs- bzw. Hochschulbildung erforderlich ist. Aus diesem Grund sollte auch hierfür durch den Gesetzgeber eine Anerkennung als Beruf mit verbindlichen Zugangsregelungen erfolgen. Ulrich Engelfried (Richter am Betreuungsgericht Hamburg-Barmbeck) gab aktuelle Informationen zur Rückstufungs- und Rückforderungsproblematik bei den Berufsbetreuern.

Um diesem Dilemma zu entgehen, sollten die Länder dringend an objektivierten und qualitätsorientierten Verfahren bei der Bestellung von Betreuer/innen arbeiten.

Die zweite Sitzung fand am 6. Dezember 2014 als Fachtagung zum Thema „Qualitätssicherung durch Professionalisierung“ statt. Nach den Grußworten von Ulrich Engelfried referierte

Klaus Förter-Vondey über „Betreuung als Profession: Keine Qualität ohne Fachlichkeit.“ Die Kernthese des BdB-Vorsitzenden: Betreuung muss Profession werden, um die Berufsausübung an verbindlichen Kriterien der Fachlichkeit und Qualitätssicherung auszurichten und eine bedarfsgerechte Unterstützung von Menschen mit Behinderungen bei ihrer Selbstsorge und Selbstbestimmung zu gewährleisten.

Nachfolgend referierte Andreas Langer, Professor für Sozialwissenschaften an der HAW Hamburg, über „Personalisierung als Scheideweg in der Berufsbetreuung“. Seine provozierende Kernfrage: Sind Betreuer/innen bereit, individualisierte Leistungsformen (wie das Persönliche Budget) zu unterstützen, wenn ihre Vergütung den erforderlichen Zeitaufwand nicht berücksichtigt?

Am Nachmittag präsentierte Wolf Crefeld, Kernthesen zur erforderlichen Fachkompetenz von Berufsbetreuer/innen. Es sei die Aufgabe der Betreuer/innen, „die Interessen und Rechte ihrer Klienten zu schützen und damit deren Lebenslage zu bessern“. Für diese Arbeit müsse es eine wirksame Qualitätskontrolle auf der Grundlage berufsfachlicher Standards geben.

In der nachfolgenden Diskussion betonte Georg Lütter, der für das Betreuungsrecht zuständige Referatsleiter im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV): Der Bund nehme das Engagement der Verbände im Betreuungswesen sehr ernst. Die Empfehlungen des Kasseler Forums zur Qualifizierung rechtlicher Betreuer/innen dienten dem Ministerium als Matrix für zukünftige Maßnahmen. Allerdings sei zu überlegen, inwieweit gesetzliche Regelungen geeignet seien, die erforderlichen Veränderungen zu initiieren. Möglicherweise könne durch detaillierte Empfehlungen auf untergesetzlicher Ebene mehr erreicht werden. „Jeder kann Betreuung“ – diese Losung werde im Bundesministerium ausdrücklich nicht mehr vertreten.

Abschließend präsentierten Margrit Kania, Referentin der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen in Bremen, und Thorsten Becker, Berufsbetreuer und BdB-Vorstandsmitglied zwölf Kernthesen zur Gewährleistung einer



Beirat für Qualitätsentwicklung 2013/2014

Die Beiratsmitglieder 2014

Prof. Dr. Reiner Adler, Fachhochschule Jena, Brunhilde Ackermann, Betreuungsgerichtstag, Prof. Dr. Wolf Crefeld, Prof. Dr. Herbert Effinger, Ev. Hochschule Dresden, Ulrich Engelfried, Neue Richtervereinigung, Ruth Fricke, Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V., Ulrich Hellmann, Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., Georg Lütter, BMJV, Margrit Kania, Bundesarbeitsgemeinschaft Überörtliche Sozialhilfeträger, Ina Krause-Trapp, Verband für anthroposophische Heilpädagogik, Sozialtherapie und soziale Arbeit e.V., Susann Kroworsch, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Prof. Dr. Andreas Langer, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Prof. Dr. Karlheinz Ortmann, Kath. Hochschule Berlin, Dr. Bernd Schulte, Helga Steen-Helms, Hessisches Sozialministerium, Prof. Dr. Wolf-Rainer Wendt, Peter Winterstein, Vizepräsident des Oberlandesgericht Rostock/BGT-Vorsitzender, Barbara Wurster, Bundesfamilienministerium

qualifizierten Betreuungspraxis. „Solange keine bundeseinheitlichen Standards und Verfahren bei der Auswahl geeigneter Betreuer/innen existieren, gibt es weder Transparenz noch Qualitätssicherheit im Betreuungsverfahren.“ Klare Regelungen zum Auswahlverfahren, zur Bedarfsplanung oder zur Beschwerde von Betreuer/innen bei Nichtzulassung wären erforderlich. Die Unklarheiten im aktuellen System seien Ausgangspunkt für äußerst problematische Entwicklungen im Einzelfall und behinderten eine wirksame Qualitätssicherung.

Bei alledem gab es eine gemeinsame Grundüberzeugung: Die rechtliche Betreuung ist mit einer großen Verantwortung verbunden. Im Interesse der Bürger/innen mit Unterstützungsbedarf müssen verbindliche Qualitätskriterien, fachliche Standards und entsprechende Zulassungsbedingungen eingeführt werden.

Schiedskommission

Mitglieder der Schiedskommission sind: Veronika Barth, Silke Engelbrecht, Silke Hagenow-Ukat, Thorsten Müller-Vetterkind und Andreas Witte. Stellvertretende Mitglieder sind Waltraud Herbst, Maria Bodenbug und Gerda Helfer. Die Schiedskommission trat 2014 nicht zusammen.

(Bundes-)Arbeitsgemeinschaften

Zur Beratung und Unterstützung des Vorstands hat dieser Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG) eingerichtet. Alle BAG werden von Vorstandsmitgliedern geleitet. Außerdem sorgen Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle für die inhaltliche und organisatorische Betreuung. Folgende BAGs waren 2014 tätig:

Die **BAG Reform** wurde in 2014 personell verstärkt, um Kräfte für die politische Arbeit des BdB zu bündeln. Sie kam

unter der Leitung von Klaus Förter-Vondey zu vier Sitzungen zusammen. Mitgewirkt haben: Karin Böke-Aden, Stephan Böck, Harald Kalteier, Angela Roder, Andrea Schwin-Haumesser, Stefan Stroh, Dr. Harald Freter, Ina Hellmers und Alexander Laviziano.

Die BAG befasste sich eingehend mit den aktuellen betreuungs- und sozialpolitischen Entwicklungen (u.a. Reform der Eingliederungshilfe, neue Debatte zur Betreuungsqualität im BMJV) und reflektierte die berufs- und fachpolitische Agenda des BdB im Abgleich mit den realpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten. Zentrale Fragen waren: Auf welche Veränderungsprozesse soll der Verband seine Kräfte ausrichten? Und wie muss sich der BdB aufstellen, um die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung angekündigten strukturellen Verbesserungen in der Betreuung mit eigenen Forderungen und konkreten Verbesserungsvorschlägen vorwegnehmen zu können?

Nach Einschätzung der BAG wäre die Anerkennung einer professionellen Betreuung mit qualitätsgesicherten und entsprechend überprüfbaren fachlichen Verfahren die Voraussetzung für strukturelle Verbesserungen. Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung befasste sich die BAG mit fachlichen Standards für besonders sensible Handlungsfelder in der Betreuungspraxis (z.B. Zwangsbehandlung) und den Voraussetzungen bzw. Möglichkeiten einer Verkammerung der Berufsbetreuung.

Die **BAG Persönliches Budget** kam in 2014 unter Leitung von Rainer Sobota zu vier Sitzungen zusammen. Ihre Mitglieder sind: Kerstin Hencke, Bernard Joseph-Auguste, Wolfgang Wiese (Austritt aus der BAG im Mai 2014), Jana Zober-Kühne und Alexander Laviziano. Auch in 2014 war die Analyse und Auswertung von Praxiserfahrungen angesichts der schwierigen Umstände (die fortgesetzte Blockade Persönlicher Budgets durch die zuständigen Kostenträger) ein wichtiges Thema. Für die in 2013 entwickelte Idee der Fachberatungsstellen diskutierten bzw. erarbeiteten die Teilnehmer/innen die konzeptionellen Details. Die Fachberatungsstellen sollen in einem qualitätsgesicherten und anerkannten Setting Beratung und Unterstützung im Vorfeld und zur Umsetzung eines Persönlichen Budgets anbieten.

Außerdem befassten sich die Teilnehmer/innen mit den inhaltlichen, technischen und finanziellen Möglichkeiten der Umsetzung des geplanten Filmprojekts zur Darstellung einer erfolgreichen Budgetassistenz. Der Film sollte Betreuer/innen ermutigen, dem Thema Aufmerksamkeit zu schenken und als Budgetassistent/innen tätig zu werden. Nach Prüfung mehrerer Angebote zur Umsetzung des geplanten Films und einer kontroversen Diskussion entschied sich die BAG gegen die Umsetzung, um die verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen stattdessen in den Aufbau der regionalen Fachberatungsstellen und der diesbezüglichen Unterstützungs- und Netzwerkstrukturen (Schulungsangebote, Fallberatung, eine gemeinsame Homepage) zu investieren.

Die **BAG Vereine** hat sich in vier Sitzungen vorrangig mit der Finanzierung der Arbeit der Betreuungsvereine beschäftigt. Die Mitglieder sind: Hennes Göers (Betreuungsverein Bremerhaven), Carola Friedrichs-Heise (Betreuungsverein Nienburg), Martin Bischof (Betreuungsverein Hameln), Martin Kristen (Betreuungsverein Weimar) und Stefan Stroh (Betreuungsverein Heilbronn).

Unter anderem wurde eine Synopse der unterschiedlichen landesrechtlichen Regelungen zur Landesförderung erarbeitet. Sie wird inzwischen in einigen Bundesländern als Grundlage für Diskussionen um die zukünftige Ausgestaltung der Förderung der Querschnittsarbeit herangezogen.

In einer Umfrage wurden Daten über die Finanzierbarkeit der Arbeit der Vereine erhoben und ausgewertet. Es wurden Kontakte zu möglichen Bündnispartnern geknüpft. Ziel ist es, eine von möglichst vielen Verbänden getragene gemeinsame Aktion für eine verlässliche und ausreichende Finanzierung der Arbeit der Betreuungsvereine durchzuführen.

Die **BAG Vormundschaften/Verfahrensbeistände** konzentrierte ihre Arbeit im ersten Halbjahr 2014 auf die Konzeption und Durchführung eines Informationsworkshops für interessierte Berufsbetreuer/innen, die auch Vormundschaften für Kinder und Jugendliche übernehmen wollen. In Zusammenarbeit mit Wolfgang Rüting, Leiter des Jugendamtes Warendorf (NRW), haben sich im Mai 2014 achtzehn Berufsbetreuer/innen intensiv über die Rechte, Pflichten und Herausforderungen bei der Übernahme von Vormundschaften ausgetauscht.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, welche Möglichkeiten und Chancen der Unterstützung Berufsbetreuer/innen für den Fall haben, dass sie auch einen Hilfebedarf bei Kindern sehen, deren Eltern sie betreuen, nach dem Gesetz aber nicht zuständig sind.

Im Sommer 2014 hat die BAG das Deutsche Jugendinstitut e.V. bei der Durchführung der Evaluation des Bundeskindererschutzgesetzes unterstützt. So konnten mehr als fünfzig Berufsbetreuer/innen in Hamburg, Berlin und München zur Umsetzung des BKiSchG befragt werden. Die Ergebnisse werden für 2016 erwartet.

Mitglieder der BAG sind: Monika Christen, Christa Delor, Silke Engelbrecht, Annette Hunke, Christian Kästner, Hilke Wolken-Gretschus Hennes Göers und Dr. Harald Freter.

Die **BAG Geeignete Stelle** tagte dreimal. Ihre Mitglieder sind: Karin Böke-Aden (Vorsitzende), Bernd Oehler, Ralf Hachemer, Rainer Sobota und Ina Hellmers.

Der Start des „Modellprojektes zur Erprobung einer Einrichtung zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung bei ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit“ wurde aufgrund anderer Schwerpunktsetzungen des Verbandes zurückgestellt.

Auf der Jahrestagung ergab das eindeutige Votum, an dem Konzept Geeignete Stelle weiterzuarbeiten, selbst wenn es ein schwerer Weg wird. Die Teilnehmer/innen waren sich einig, dass die Betreuer die Einzigen und Richtigen für ein unabhängiges Unterstützungsangebot sind.

Die BAG hat juristische Fragestellungen an eine zukünftige Geeignete Stelle für ein Rechtsgutachten erarbeitet, die potenziellen Zielgruppen für ein Modellprojekt konkretisiert und mit der Akquise von Fördermitteln begonnen.

Die **BAG Mentoring** hat sich auf der Jahrestagung in Berlin und in einem zusätzlichen Arbeitstreffen in Kassel zu ihrer Zielsetzung ausgetauscht. Ihre Mitglieder sind: Iris Peymann, Wolfgang Wiese, Roland Bonaventura, Alexander Kutscher, Eberhard Kühn, Catharina Meier, Heike Rieck und Hilke Wolken-Gretschus. Die Arbeitsgruppe widmet sich u.a. der Frage: Wie können wir Berufseinsteiger/innen, aktive Berufsbetreuer/innen, aber auch Berufsbetreuer/innen unterstützen, die ihren Ausstieg planen? Auf der Agenda stehen Checklisten, formulierte Arbeitsstandards und Konzepte rund um die Themen Einsteigerseminare, Mentoringangebote, Juniorpartnerschaften oder Praktika. Bei ihren Überlegungen freut sich die Arbeitsgruppe auch über Anregungen, Hinweise und praktische Erfahrungen von BdB-Mitgliedern, die nicht aktiv an der BAG teilnehmen.

Die **AG Arbeitserleichterungen** hat ihre Arbeit nach einer längeren Unterbrechung wieder aufgenommen und tagte am 16.7.2014 in Kassel. Mitglieder sind: Jochen Halbreiter, Christian Kästner, Roland Bonaventura, Friedhelm Hantusch, Maria-Anna Thamm-Ataian, Martina Schulz-Polat und Dr. Harald Freter. Themen der Arbeitsgruppe waren der Umgang mit Banken, die Auseinandersetzung mit Ärzten, Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit Jobcentern, Auseinandersetzungen mit Behörden über Beratungs- und Mitwirkungspflichten sowie das Verhalten des Beitragsservice der öffentlichen Rundfunkanstalten.

Die Bundesärztekammer hat aufgrund eines Schreibens signalisiert, sich im Rahmen ihres Ausschusses für ethische und medizinisch-juristische Grundsatzfragen mit den Vorschlägen des BdB zur Zusammenarbeit mit Ärzten zu befassen. Von den Bankenverbänden steht seit zwei Jahren die Veröffentlichung eines Merkblattes aus. Der Beitragsservice der öffentlichen Rundfunkanstalten wurde angeschrieben und um Kulanz in Fällen von Fristversäumnissen gebeten, die sich erst nach Betreuerbestellung herausgestellt haben.

Die **AG Social Media** wurde aufgrund eines Beschlusses der Delegiertenversammlung eingerichtet. Mitglieder sind: Hennes Göers, Wilk Spieker, Sinikka Kund und Marina May. In einer Sitzung am 14.10.2014 in Hamburg hat die Arbeitsgruppe die verschiedenen Möglichkeiten einer Nutzung der sozialen Medien gesichtet und die Empfehlung ausgesprochen, zunächst die Möglichkeiten einer einseitigen Informationsverbreitung ohne Diskussionsfunktion zu erschließen.

Mitgliederversammlungen der Landesgruppen:

Baden-Württemberg:	am 12.02. und 18.11.2014
Bayern:	am 24.01.2014
Berlin:	am 30.06.2014
Brandenburg:	am 19.02.2014
Bremen:	am 8.10.2014
Hamburg:	am 22.01. und 18.09.2014
Hessen:	am 15.01.2014
Mecklenb.-Vorpommern:	am 18.06.2014
Niedersachsen:	am 27.06.2014
Nordrhein-Westfalen:	am 18.01. und 25.10.2014
Rheinland-Pfalz:	am 6.6. und 28.11.2014
Saarland:	am 3.4. und 18.11.2014
Sachsen:	am 6.2.2014
Sachsen-Anhalt:	am 25.04. und 10.12.2014
Schleswig-Holstein:	am 7.2.2014
Thüringen:	am 29.01.2014

Landesgruppen

Die 16 Landesgruppen haben zahlreiche Fortbildungen und Mitgliederversammlungen organisiert. Durch die zunehmende Politisierung der LG-Arbeit verstärkte sich auch die Termin- und Aufgabendichte in den Ländern. So gab es – auch ohne zentrale Kampagne – zahlreiche Kontakte in den jeweiligen politischen Raum auf Landesebene. Jede Landesgruppe hat einen eigenen Vorstand, bei dem die Funktion des Sprechers und des Finanzverantwortlichen vergeben wird. In vielen Ländern gibt es darüber hinaus auch Verantwortliche für Mitgliederbetreuung, Persönliches Budget, technischer Support, Kampagnenkoordination, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsorganisation, politische Lobbyarbeit. Jede Landesgruppe verfügt über ein Budget in Eigenverantwortung.

Damit die Landesgruppen in die Lage versetzt werden, auch zukünftig vor Ort materielle Interessenvertretung zu leisten, mit aktuellen zentralen Forderungen an die Landespolitik heranzutreten und ggf. perspektivisch eine wichtige Rolle bei der Professionalisierung des Berufes zu übernehmen, sollen Veränderungen angestoßen werden, die langfristig Bestand haben. Dafür wird ein Konzept zur Stärkung der Landesgruppen erarbeitet. Es basiert auf der Analyse der Landesgruppen und einer klaren Zielstellung der Landesgruppenarbeit. Bestehende Strukturen und Verantwortlichkeiten in den Landesgruppen sollen überdacht sowie nachhaltig wirkende Unterstützungsmaßnahmen eingeleitet werden. Die Bestandsaufnahme in Form von Interviews ist abgeschlossen und bereits ausgewertet. Dem Länderrat wurde die zeitliche Planung dieses Organisationsentwicklungsprozesses vorgelegt.

Geschäftsstelle



Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle. Auf dem Foto fehlt Kay Lütgens

2014 waren in der Bundesgeschäftsstelle des BdB zwölf angestellte Mitarbeiter/innen und zwei Honorarkräfte beschäftigt.

Angesichts wachsender Mitgliederzahlen, zunehmender Aufgaben und der damit auch zunehmenden Datenmengen wird die Verwaltung des BdB auf eine neue, leistungs-, service- und zukunftsorientierte Software umgestellt. Zu Jahresbeginn wurde das Programm D'ORG in der Geschäftsstelle eingeführt. Ziel dieser elektronischen Mitglieder- und Adressverwaltung ist die Schaffung einer professionellen Arbeitsumgebung, mit der Information, Organisation und Kommunikation effizient miteinander verzahnt werden können.

Wochenstd.

Dr. Harald Freter, Geschäftsführer 35

Judith Grabe-Scholl,
Assistentin der Geschäftsführung 25

Susanne Harder, Honorarkraft
Öffentlichkeitsarbeit (bis 6.11.2014) 20

Verwaltung

Andrea Beckmann, Verwaltungskordinatorin . 25

Tanja Brinkmeier,
Empfang/Mitgliederverwaltung 20

Arna Fölsch, Qualitätsregister,
Beschwerdestelle 17

Stefanie Gooßen, Länderverwaltung 25

Ziba Khazri, Finanzbuchhaltung, IT 40

Fachreferate

Ina Hellmers, Länderpolitik, Kampagnen,
materielle Interessenvertretung. 25

Alexander Laviziano,
wissenschaftliche Beratung und Konzepte 30

Kay Lütgens, Recht 25

Sabine Brämer, Honorarkraft Rechtsberatung . . 7

Institut für Innovation und Praxistransfer in der Betreuung

Hilke Wolken-Gretschus,
Weiterbildung und Qualitätsentwicklung 25

Corinna Dewner, Assistenz 18

Organigramm Geschäftsstelle (2014)



Mit D'ORG steht ein Member-Relationship-Managementtool zur Verfügung, das alle Merkmale (z. B. Verteiler), Funktionen (z. B. Organe, Gremien), Aktivitäten (z. B. Fortbildungen, Tagungen) und Beziehungen der Partner untereinander abbildet. Weitere Funktionen sind u.a.: Beitrags- und Forderungsmanagement (einschließlich Offene Posten-Verwaltung), Finanzbuchhaltung mit einer Einnahmen-/Ausgabenrechnung einschließlich Plan-/Ist-Analysen und Landesgruppen-Budgetverwaltung, Seminar- und Veranstaltungsorganisation. Die Umstellung erfolgte naturgemäß nicht ad hoc, sondern in Gestalt eines Prozesses, der noch immer nicht vollständig abgeschlossen ist.

Dienstleistungen

Sekretariat/Verwaltung

Im Sekretariat der Bundesgeschäftsstelle gehen viele telefonische und schriftliche Anfragen der BdB-Mitglieder ein. Hier werden Auskünfte erteilt, Rechnungen erstellt und Mit-

gliederdaten gepflegt. Die Verwaltung nimmt Bestellungen der kostenpflichtigen Publikationen entgegen und sorgt für Versand und Rechnungsstellung. 121 Interessierte forderten 2014 Informationsmaterialien an. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist dadurch zu erklären, dass verstärkt von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, Informationsmaterialien von der Homepage des Verbandes herunterzuladen.

Die Geschäftsstelle verschickte Einladungen für 41 Veranstaltungen in den Landesgruppen und versorgte die Landesgruppen überdies mit Materialien, aktuellen Mitgliederdaten sowie mit dem jeweiligen Buchungsstand des Landesgruppenbudgets. Außerdem werden hier die Auslagenabrechnungen aus den Landesgruppen bearbeitet. Ebenfalls hier angesiedelt ist die Finanzbuchhaltung, das Beitragsmanagement und die IT.

Qualitätsregister (QR)

Die Geschäftsbedingungen für das Qualitätsregister wurden 2014 in einigen Punkten geändert. Neben notwendigen Maß-

nahmen zur Entbürokratisierung, besseren Konditionen für Bürogemeinschaften, dem Wegfall der Anwartschaft und der Abschaffung der Qualitätspunkte sollte bei den langfristigen Überlegungen, die Prozessorientierung eine maßgebliche und zentrale Rolle im Qualitätsregister einnehmen.

In 2014 wurde erstmals auch in der politischen Diskussion um die Qualität in der Betreuungsarbeit deutlich die Forderung nach einer verbesserten Qualitätssicherung in der Betreuungsarbeit ausgesprochen. In einer Einladung zu einer Gesprächsrunde über „Qualität im Betreuungswesen“ nennt auch das BMJV das BdB-Qualitätsregister (neben den BA-GüS-Kriterien) als ein Instrument der Qualitätssicherung.

Um das Recht der Klienten/innen nach einem transparenten Betreuungsprozess immer mehr gerecht zu werden, hat der BdB die Selbstbewertung als eine neue Anforderung für die Registrierung im QR eingeführt. Diese Selbstbewertung soll als Grundlage für ein externes Überprüfungsverfahren, an dem noch gearbeitet wird, dienen. Ziel ist es, mit einem echten Qualitätszertifikat von der jeweils geleisteten Betreuungsarbeit überzeugen zu können.

Im Oktober 2014 wurden die neuen Geschäftsbedingungen des QR weitreichend kommuniziert. So konnte das Qualitätsregister in der bdbaspekte 10/2014 einen zweiseitigen Artikel platzieren, in welchem die Entwicklung, die neuen Geschäftsbedingungen, aber auch die weiteren Schritte zur Entwicklung des QR sowie deren Zielsetzung beschrieben wurden. Zudem wurde das neue Vorgehen in den BdB Newslettern 6 und 7/2014 thematisiert.

Am Jahresende waren 516 Berufsbetreuer/innen registriert.

Beschwerdestelle

Durch eine von der Delegiertenversammlung beschlossene Satzungsänderung ist die Beschwerdestelle nunmehr für alle Mitglieder des BdB zuständig und nicht wie bisher nur für die des Qualitätsregisters.

Im Laufe des Jahres wurde außerdem damit begonnen, dem formellen Beschwerdeverfahren ein Schlichtungsverfahren vorzulagern. Im Rahmen dieses Verfahrens soll versucht werden, den Konflikt durch eine Schlichtung zu lösen. Bislang konnten zehn Schlichter/innen aus acht Landesgruppen gewonnen werden.

Die Beschwerdestelle wurde 2014 neu besetzt. Mitglieder sind: Jochen Halbreiter, Heike Schultz, Heike Domian, Matthias Steinbach, Jurand Daszkowski (Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener, BPE), John Gelübcke (Betreuungsrichter a.D.), Arna Fölsch (BdB-Geschäftsstelle).

2014 sind zehn Beschwerden über Mitglieder des BdB eingegangen. Fünf weitere konnten nicht bearbeitet werden, da sie sich gegen Betreuer/innen richteten, die nicht Mitglied des Verbandes sind.

Fachberatung für Mitglieder

Seit April 2013 bietet ein Team von fünf Fachberater/innen zweimal pro Woche eine fünfstündige telefonische Fachberatung an. Durchschnittlich sieben Anrufer gehen pro Tag ein, die Gesprächsdauer liegt zwischen fünf und fünfzig Minuten. Die Anrufer melden sich aus dem gesamten Bundesgebiet.

Beratungsthemen sind u.a.: allgemeine Betreueraufgaben, das Verhältnis zu Klienten, Angehörigen, (BT-)Behörden, Gericht etc., Fragen zur Vergütung, Umsatzsteuer, Versicherung und Haftung. Auch zur Methodenanwendung in Rechtsfragen gibt es Beratungsbedarf.

Die Fachberater/innen erfassen jedes Gespräch in Form einer anonymen Gesprächsdokumentation. Diese werden statistisch und fachlich ausgewertet.

Zweimal pro Jahr findet das Fachberater-Treffen für die Einzelplanung, Fallbesprechung und Weiterbildung statt.

Rechtsberatung

Auch in diesem Jahr wurden wieder zahlreiche Anfragen von Mitgliedern aus allen Rechtsgebieten, die mit der Betreuungsarbeit zu tun haben, beantwortet.

Dabei zeichnete sich die Entwicklung ab, dass die Anfragen vermehrt Auseinandersetzungen mit Dritten um die Abgrenzung der Betreueraufgaben (z. B.: Wer begleitet den Klienten beim Arztbesuch – Aufgabe der Einrichtung oder des Betreuers?; Muss die Einrichtung den Barbetrag verwalten?) und die Wirkungen der Einrichtung einer Betreuung (z. B. Weigerung von Banken, nach Einrichtung einer Betreuung noch Geld an den Klienten selbst auszuzahlen) betreffen.

Weitere Schwerpunkte waren u.a.: Vergütungsfragen, die Auswirkung der BGH-Entscheidung, nach der es nicht mehr möglich ist, eine bei der Betreuerbestellung übersehene Feststellung der berufsmäßigen Führung einer Betreuung mit Rückwirkung zu korrigieren, sowie die Haftung von Steuerberatern, wenn diese nicht rechtzeitig Anträge auf Erstattung gezahlter Umsatzsteuer gestellt haben.

Daneben wurden mehrere Stellungnahmen entworfen (z.B. zur in Aussicht genommenen Reform des Vormundschaftsrechts, die wegen der Bezugnahme auf die dort vorhandenen Regelungen im Betreuungsrecht auch Auswirkungen auf die Betreuungsarbeit haben wird) und Landesgruppen bei der Abgabe von Stellungnahmen (z.B. zu geplanten Neufassungen der PsychKGs) unterstützt.

Mailingliste

Die BdB-Mailingliste ist ein internes Forum zur kollegialen Beratung. Auf Antrag kann jedes Mitglied an diesem internen Diskussionsforum teilnehmen. In der BdB-Mailingliste waren Ende des Jahres 789 Mitglieder eingeschrieben. Es wurden insgesamt 439 Emails in die Liste eingestellt. Die Mailingliste soll in absehbarer Zeit durch ein Diskussionsforum im Mitgliederbereich der BdB-Homepage ersetzt werden, das aber derzeit noch nicht in ausreichendem Maße angenommen wird.

Kooperationspartner

Der BdB hat die Zusammenarbeit mit seinen Kooperationspartnern 2014 weiter ausgebaut und intensiviert. Davon profitieren BdB-Mitglieder durch zahlreiche attraktive Angebote und Sonderkonditionen. Ein neuer Serviceflyer stellt die Dienstleistungen des Verbandes und der Kooperationspartner in übersichtlicher Form vor. Zu den Kooperationspartnern zählen LOGO Datensysteme GmbH, GL Versicherungen, das Software- und Beratungsunternehmen prosozial GmbH, die Beihilfeberatung medirenta, Liebmann und Bergmann Nachlassermittlungen GbR. Gemeinsam mit dem Balance Verlag wird die Zeitschrift *kompass* herausgegeben.

Die Dienstleistungen des Verbandes und der Kooperationspartner wurden in einem neuen Serviceflyer zusammengestellt. Dabei wurde auch hervorgehoben, dass sich der Verbandsbeitrag bereits bei Inanspruchnahme von Rabatten zum Beispiel für Versicherungen und Software amortisiert.

Interessenvertretung/Lobbyarbeit

Nach dem Erfolg der BdB-Kampagne und dem erreichten Ziel, dass Betreuung im Koalitionsvertrag der Bundesregierung aufgenommen wurde, haben wir 2014 keine zentrale Kampagne organisiert, dafür aber den Kontakt zur Politik auf Bundes- und Länderebene intensiviert. Wir wollten sicherstellen, dass die Verantwortlichen in den Ministerien und auch die Ansprechpartner in den Parteien das Thema Betreuung vorantreiben.

Für uns war es wichtig für die Aussage im Koalitionsvertrag („Wir wollen das Betreuungsrecht in struktureller Hinsicht verbessern und damit das Selbstbestimmungsrecht hilfebedürftiger Erwachsener bedarfsgerecht stärken.“) Verbindlichkeit herzustellen. Durch politische Gespräche konnten wir wichtige Informationen zur Verfahrensweise erhalten und bewirken, dass wir als Verband im Verfahrensprozess einbezogen werden. Viele unserer Gesprächspartner ermutigten uns, die Konzepte des BdB vorzustellen, und unterstützen weiterhin unsere Forderungen.

Das BMJV hat für die Umsetzung des Koalitionsvertrages vor allem das Thema Qualität in den Fokus genommen. Nicht zuletzt durch die unermüdliche Argumentation von Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Aktiven der Länder konnten wir erreichen, dass der Zusammenhang von Qualität in der Betreuung und materiellen Rahmenbedingungen nicht mehr in Frage gestellt wird.

Der BdB hat ein neues Gutachten zur Vergütungssituation in Auftrag gegeben, dessen Ergebnisse in der politischen Diskussion verwendet werden. Wesentliches Ergebnis ist, dass der Stundensatz in der obersten Vergütungsgruppe auf 76,- Euro angehoben werden müsste, damit der sog. Unternehmerlohn den Bruttoverdienst eines tariflich angestellten Vereins- oder Behördenbetreuers entspricht.

Stellungnahmen

Der BdB reichte im Februar 2014 beim UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen eine Stellungnahme zum Entwurf der Allgemeinen Bemerkungen

Politische Gespräche auf Bundesebene

Datum	Gesprächspartner/in	BdB vertreten durch
16.01.2014	MdB Burkhard Lischka (SPD)	Förter-Vondey, Göers, Freter
16.01.2014	Ministerialrat Georg Lütter (BMJV)	Förter-Vondey, Göers, Freter
19.02.2014	MdBs Elisabeth Winkelmeier-Becker und Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU)	Göers, Freter
25.02.2014	MdB Dr. Mathias Bartke (SPD)	Förter-Vondey, Göers, Freter
22.05.2014	Barbara Wurster (BMFSGJ)	Looser, Freter
30.06.2014	Dr. Rolf Schmachtenberg (BMAS)	Förter-Vondey, Göers, Freter
30.06.2014	MdB Jörn Wunderlich (Die Linke)	Förter-Vondey, Göers, Freter
27.08.2014	Ministerialrat Georg Lütter (BMJV)	Göers, Becker, Freter
08./09.09.2014	Gespräch im BMJV über „Qualität in der Betreuung“	Förter-Vondey
22.09.2014	MdB Kerstin Tack (SPD)	Göers, Freter
06.10.2014	MdB Katrin Werner (Die Linke)	Göers, Freter
08.10.2014	MdB Uwe Schummer (CDU/CSU)	Förter-Vondey, Freter
08.10.2014	MdB Corinna Rüffer (Grüne)	Förter-Vondey, Freter
03.12.2014	Deutscher Behindertenrat	Peymann, Freter

zum Artikel 12 ein, um die große Bedeutung der Unabhängigkeit einer Unterstützung zur Rechts- und Handlungsfähigkeit hervorzuheben. Nach Auffassung des BdB hatte der UN-Fachausschuss die Frage der Unabhängigkeit nicht ausreichend beachtet. Die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen bei der Besorgung ihrer persönlichen Angelegenheiten und der zugrundeliegenden Entscheidungsprozesse darf nicht durch Interessenkonflikte beeinträchtigt werden. Deshalb muss diese Form der Unterstützung unabhängig von Leistungserbringern und Kostenträgern erfolgen. Die Stellungnahme des BdB wurde auf der Homepage der Vereinten Nationen veröffentlicht.

Mitarbeit in externen Gremien

Der BdB gehört weiterhin der Allianz der deutschen Nichtregierungsorganisationen zur UN-Behindertenrechtskonvention (kurz: BRK-Allianz) an; allerdings gab es in 2014 im Zusammenhang mit der auf 2015 verschobenen Staatenberichtsprüfung keine Arbeitssitzungen mit den beteiligten Organisationen.

Fachlichkeit

Institut für Innovation und Praxistransfer in der Betreuung (ipb)

Das Institut konzentrierte seine Aktivitäten in 2014 auf das Angebot von Einstiegs- und fachorientierten Vertiefungsseminaren für Berufsbetreuer/innen.

Um das Seminarangebot bundesweit ausbauen zu können, haben sich alle ipb-Dozenten im Februar 2014 fünf Tage in Hamburg getroffen, um gemeinsam Lehrmethoden, Lernziele sowie die Seminarplanung für die Berufseinstiegsseminare abzustimmen.

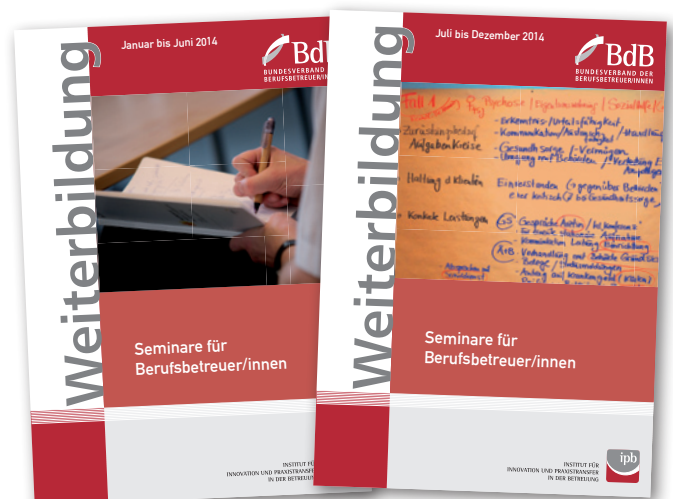
Insgesamt wurden neun Einstiegsseminare mit 93 Teilnehmer/innen und elf Vertiefungsseminare mit 115 Teilnehmer/innen bundesweit durchgeführt. In diesem Zusammenhang konnte sowohl bei vielen Betreuungsbehörden der Bekanntheitsgrad des Instituts und seiner Angebote erhöht werden als auch die Presse verschiedentlich für eine Berichterstattung gewonnen werden. Nahezu alle Teilnehmer/innen gaben eine sehr gute Bewertung der Inhalte und der Dozenten/innen ab.

Die BdB-Weiterbildungsbroschüre wurde mit Ende 2014 eingestellt. Die Weiterbildungsseite auf der Homepage des BdB, auf der andere Bildungspartner ihre Seminarangebote veröffentlichen können, bleibt aber vorerst bestehen.

Das ipb hat Einnahmen in Höhe von 34.000,00 Euro erzielen und durch die Einstiegsberatung am Telefon wieder BdB-Mitglieder gewinnen können.

17 Teilnehmer/innen nutzten Fördergutscheine für Einstiegsseminare.

Der Fokus soll auch zukünftig auf die Fachlichkeit gelegt werden. Dafür soll insbesondere das Angebot an Vertiefungsseminaren durch die Fachdozenten ausgebaut werden.



Jahrestagung

Mit 350 Teilnehmer/innen an der Jahrestagung vom 27. bis 29. März 2014 in Berlin konnte ein neuer Rekord aufgestellt werden. Die Tagung stand ganz im Zeichen des zwanzigjährigen Bestehens des BdB. Auf einer von Anne Heitmann moderierten Gala standen die Menschen im Mittelpunkt, die maßgeblich an der Geschichte des Verbandes mitgeschrieben haben. So trafen erstmals alle vier bisherigen Vorsitzenden des Verbandes – Jutta Stork, Peter Helfrich, Frauke Feldt-Glenz und Klaus Förter-Vondey – zusammen.

Die Historikerin Barbara Dünkel stellte am Nachmittag des zweiten Tagungstages in einem Vortrag die von ihr im Auftrag des BdB verfasste Verbandschronik „Eine Profession entsteht. Die Geschichte des BdB 1994 – 2014“ vor. Bei aller Festlichkeit gab es aber auch politischen Zündstoff. Der Verbandsvorsitzende Klaus Förter-Vondey forderte bereits in seiner Eröffnungsansprache Antworten und Entscheidungen der Politik zur Vergütungsfrage als der zentralen Überlebensfrage für das Betreuungssystem.

Der Berliner Jusitzsenator Thomas Heilmann stellte einen „unbestreitbaren Reformbedarf“ in der Betreuung fest, der allerdings Zeit benötige. Beate Kinemund, Ministerialdirigentin im BMJV attestierte dem BdB, dass „seine langen und umfangreichen Erfahrungen von besonderem Interesse sind“. Das Gesetz zur Stärkung der Betreuungsbehörden sei erst ein erster kleiner Schritt auf dem Weg zu einer Betreuungsreform. Außerdem werde sich das Ministerium in die Diskussionen über eine Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe hin zu einem Bundesteilhabegesetz einbringen.

Als Vertreter der neuen Behindertenbeauftragten der Bundesregierung, Verena Bentele, betonte Torsten Einstmann, dass mehr Anstrengungen für ein System der unterstützten Entscheidungsfindung unternommen werden müssten. Für den Bundesverband Psychiatrieerfahrener unterstrich Ruth Fricke, dass sie den BdB als behindertenfreundlichen Verband schätze und gab der Hoffnung Ausdruck, dass beide Verbände „noch viele Jahre gemeinsam Interessenvertretung unternehmen können“. Auch Peter Winterstein (BGT) kritisierte das geltende Vergütungssystem, weil es Anreize schafft, schnell zu vertreten und lediglich zu verwalten.

Drei Eröffnungsvorträge stimmten dann die Teilnehmer/innen inhaltlich ein auf das Tagungsmotto „20 Jahre BdB – 20 Jahre Kampf für unseren Beruf und bessere Arbeitsbedingungen“. Klaus Förter-Vondey stellte die „Lebenslage der beruflichen Betreuung“ dar, indem er auf zwanzig Jahre BdB zurückblickte und aus einer Betrachtung der internen Disposition und der äußeren Rahmenbedingungen heraus eine Perspektive für den Beruf entwickelte. Betreuung müsse als unabhängige Besorgungsleistung und Be-Rechtung begriffen werden.

Prof. Dr. Christoph Butterwege (Universität Köln) betrachtete in seinem Beitrag „Krise und Zukunft des Sozialstaats“ kritisch den seit den 1970er Jahren betriebenen Abbau des Sozialstaats. Die konstitutionellen Bestandteile Beratung, Betreuung und Besorgung müssten verteidigt werden, da die Gefahr bestehe, dass der aktive Sozialstaat immer mehr zum aktivierenden werde.

Stehende Ovationen erhielt Margot von Renesse für ihren Beitrag „Betreuung als Menschenrecht“, in dem sie herausstellte, dass die Menschen eine Umgebung mit „sozialer Barrierefreiheit“ benötigen. Das gegenwärtige Betreuungsrecht brauche deshalb einen neuen Reformansatz. Dem BdB riet sie, anhand von „zu Tränen rührenden Fallbeispielen“ diese Reformnotwendigkeit aufzuzeigen.

Am Vormittag des zweiten Tages wurde in insgesamt elf Arbeitsgruppen zu so unterschiedlichen Themen wie Zwangsbehandlung, kollegiale Beratung, Schuldenregulierung gearbeitet. Wie jedes Mal hatte die Arbeitsgruppe „Neues aus dem Rechtsbereich“, die von den beiden Verbandsjuristen Sabine Brämer und Kay Lütgens moderiert wurde, den größten Andrang.

Am dritten Tag wurde in vier Foren zu den Themen Aktuelle Reformkonzepte, Auswirkungen des Gesetzes zur Stärkung der Betreuungsbehörden, Betreuer/innen in Existenznot und Eingliederungshilfe gearbeitet, bevor in der abschließenden Podiumsdiskussion die Bundestagsabgeordneten Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU), Dr. Mathias Bartke (SPD) und Katja Keul (Grüne) unter der Moderation von Anne Heitmann mit dem BdB-Vorsitzenden Klaus Förter-Vondey über die Weiterentwicklung von Betreuung in der aktuellen Wahlperiode diskutierten. Sehr deutlich wurde dabei, dass die Qualität von Betreuung im Mittelpunkt der politischen Diskussion steht und ein Zusammenhang zur einer Qualifi-

kation der Betreuer/innen gesehen wird, die dann wiederum angemessen vergütet werden muss.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes wurde 2014 von zwei PR-Agenturen und einer Honorarkraft in der Geschäftsstelle betreut. Die Hamburger Agentur ah Kommunikation ist redaktionell für die Verbandszeitschrift *bdbaspekte* und die Fachzeitschrift *kompass* zuständig und hat das Konzept für den Relaunch der BdB-Homepage erstellt. Die Berliner Agentur nic communication & consulting ist mit der Presse- und Medienarbeit des Verbandes beauftragt. 2014 erschienen vier reguläre Ausgaben der Verbandszeitschrift *bdbaspekte* und zwei weitere Ausgaben von *kompass*, der Fachzeitschrift für Betreuungsmanagement, deren Herausgeber der BdB ist.



Im Bundesanzeiger Verlag erscheint die Zeitschrift *BtPrax*, in deren Herausgeberbeirat der BdB durch Klaus Förter-Vondey vertreten ist. *BtPrax* erscheint sechsmal jährlich. In jeder Ausgabe veröffentlicht der BdB aktuelle Verbandsinformationen.

Mit dem Newsletter „BdB aktuell“ erhalten Interessierte ca. alle sechs Wochen per E-Mail die neuesten verbandspolitischen und rechtlichen Informationen.

Der BdB betreibt drei Internetportale: die Homepage des Verbandes (bdb-ev.de), die Internetseiten des Qualitätsregisters (bdb-qr.de) sowie eine Weiterbildungsseite (bdb-weiterbildung.de) mit bundesweiten Seminarangeboten. Die Homepage des Verbandes wurde 2014 mit dem Ziel neu gestaltet, die Mitglieder aktueller und flexibler über politische Aktivitäten zu informieren. Die Landesgruppen haben eigenständige Präsentationsmöglichkeiten erhalten. Zudem wurde ein Diskussionsforum für BdB-Mitglieder eingerichtet.

Pressearbeit

Die Weiterentwicklung des Betreuungsrechts stand thematisch im Mittelpunkt der Pressearbeit 2014. Bettina Melzer (nic communication & consulting) begleitete Vorstand und Geschäftsführung zu zahlreichen politischen Gesprächen



BdB-Pressemitteilungen 2014

- 09.01.2014** **Berufsbetreuer/innen in Sachsen droht finanzieller Ruin**
BdB-Landesgruppe protestiert gegen Rückstufungen
- 15.01.2014** **Qualität in der Betreuung sichern**
Hamburger Bürgerschafts-Abgeordnete Föcking (CDU) unterstützt Reform-Ziele des Bundesverbands der Berufsbetreuer/innen
- 20.01.2014** **Neues Betreuungsrecht kommt**
MdB Burkhard Lischka (SPD) stellt Weiterentwicklung in dieser Legislatur in Aussicht
- 19.02.2014** **20 Jahre Bundesverband der Berufsbetreuer/innen**
Einsatz für Professionalisierung, Qualität und angemessene Rahmenbedingungen
- 05.03.2014** **Großbaustelle Betreuungsrecht**
MdB Matthias Bartke (SPD) sieht dringenden Reformbedarf
- 12.03.2014** **Weiterentwicklung des Betreuungsrechts**
Treffen mit CDU/CSU-Abgeordneten in Berlin
- 18.03.2014** **20 Jahre Bundesverband der Berufsbetreuer/innen**
Jahrestagung in Berlin
- 02.04.2014** **Bundesverband der Berufsbetreuer – Mit Aufklärung und Kommunikation zum Erfolg**
Informationsabend „Vorsorgevollmachten und gesetzliche Betreuung“
- 02.04.2014** **Kein Erbe für Berufsbetreuer/innen**
Neue Leitlinie für persönliche Integrität
- 03.04.2014** **Große Koalition packt Betreuungsrecht an**
Professionalisierung – Geeignete Stelle – Tandemkonzept
- 10.04.2014** **Rückstufungen von Betreuer/innen in Sachsen wird Wahlkampfthema**
Sächsische CDU nimmt die Problematik in ihr Wahlprogramm auf
- 15.04.2014** **Berufsbetreuer/innen: Zuverlässig, kompetent und engagiert**
Sachsens Justizminister Jürgen Martens lobt Arbeit der rechtlichen Betreuer/innen
- 16.04.2014** **Mehr Transparenz und Qualität für Betreute**
BdB Berlin und die Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie in Berlin vereinbaren Zusammenarbeit
- 17.04.2014** **Justizministerkonferenz diskutiert Betreuungsrecht**
Angemessene Rahmenbedingungen als Voraussetzung für Professionalisierung für Berufsbetreuer/innen
- 07.05.2014** **Kein Erbe für Berufsbetreuer/innen**
Hannovers Betreuer initiieren neue Leitlinie für persönliche Integrität
- 26.05.2014** **Respekt vor der Leistung von Berufsbetreuer/innen**
Bundestagsabgeordneter Dr. Matthias Bartke (SPD) absolviert Praxistag
- 26.05.2014** **Klare Regeln und mehr Transparenz**
Verband der Berufsbetreuer/innen in Sachsen fordert verbindliche Regeln für Qualitätssicherung und Zulassung zum Beruf
- 25.06.2014** **Betreuungsverfügung statt Vorsorgevollmacht**
BdB begrüßt Empfehlung des Bundesjustizministeriums
- 07.07.2014** **Betreuung braucht Qualifikation**
MdB Jörn Wunderlich (Die Linke) begrüßt politische Ziele des BdB
- 11.07.2014** **Bessere Rahmenbedingungen für Berufsbetreuer/innen**
Bundestagsabgeordnete Bettina Müller (SPD) unterstützt Forderungen des BdB
- 31.07.2014** **Gleiche Vergütung für gleiche Arbeit**
Bundestagsabgeordnete Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU) absolviert Praxistag in Betreuungsbüro Ahrensburg
- 12.08.2014** **Modellprojekt „Geeignete Stelle“ in Rheinland-Pfalz**
Landessozialministerium unterstützt Forderung des BdB
- 26.08.2014** **Mehr Zeit für Klient/innen**
Landesjustizminister Jochen Hartloff (SPD) befürwortet Erhöhung der Zeitkontingente für Betreuung
- 10.09.2014** **Zu wenig Zeit für Klient/innen**
Dr. Johann Wadephul (CDU) befürwortet Erhöhung der Zeitkontingente in der Betreuung
- 22.09.2014** **20 Jahre BdB – Betreuung am Puls der Zeit**
Informationstag über Betreuung in Düsseldorf
- 27.09.2014** **Aktion Betreuerstadt 2014**
Informationstag in Mannheim
- 29.09.2014** **Bewegung beim Betreuungsrecht**
MdB Kerstin Tack (SPD) berichtet über Fortschritte
- 08.10.2014** **Rechtsprechung im Betreuungsrecht**
Das 14. Berliner Forum zum Betreuungsrecht diskutiert aktuelle Entwicklungen
- 10.10.2014** **Bundesteilhabegesetz und Betreuung**
MdB Uwe Schummer (CDU) will Rechtssicherheit für Behinderte
- 13.10.2014** **Bundesteilhabegesetz**
MdB Katrin Werner (Die Linke) für träger- und erbringerunabhängige Unterstützung
- 14.10.2014** **Betreuungsbehörden: Berlin will ein bis zwei neue Stellen pro Bezirk schaffen**
Justizsenator Heilmann eröffnet 14. Berliner Forum zum Betreuungsrecht
- 21.10.2014** **Qualität in der Betreuung hat ihren Preis**
Bayerns Staatsminister der Justiz befürwortet eine Überprüfung der Zeitkontingente
- 23.10.2014** **Engagement für die Teilhabe behinderter Menschen**
MdB Corinna Rüffer (Grüne) kritisiert mangelnden Fortschritt beim Bundesteilhabegesetz
- 11.11.2014** **Qualität in der Betreuung**
Der BdB auf der ConSozial 2014
- 12.11.2014** **Neues Konzept für Beschwerdemanagement**
Schnellere Bearbeitung durch Regionalisierung; Schlichter sollen Konflikte lösen
- 13.11.2014** **Betreuung – Ein Beruf mit Zukunft**
Einsteigerseminar in Dresden für künftige Berufsbetreuer/innen
- 21.11.2014** **„EXAKT – Die Story“ beleuchtet Betreuung in Deutschland**
MDR Fernsehen am 26.11.2014 um 20:45 Uhr
- 27.11.2014** **Qualitätssicherung durch Professionalisierung**
Fachtagung des BdB-Qualitätsbeirats am 6.12.2014 in Hamburg
- 10.12.2014** **Professionalisierung sichert Qualität**
Berufsbetreuung braucht Ausbildung, Qualifikation, Fachlichkeit
- 12.12.2014** **CDU für Erhöhung der Vergütungssätze**
Parteitag verabschiedet Antrag zur Verbesserung des Betreuungsrechts

und schrieb anschließend Pressemeldungen, die auf Portalen wie kobinet-nachrichten.org, info-sozial.de, sozialticker.com oder sozial.de veröffentlicht wurden. Auch stellten einige Politiker diese Texte und Bilder auf ihrer Homepage oder Facebook-Seite ein. Hinzu kamen Pressemitteilungen des Verbandes zu aktuellen Themen.

2014 gelang es, einige Hintergrundberichte zum Thema Betreuung zu platzieren und Klaus Förter-Vondey als Interviewpartner zu vermitteln. So wurde etwa der dpa-Beitrag „Wenn der Amtsgang zur Last wird“ von Markus Münch Pauly von zahlreichen Tageszeitungen übernommen. In weiteren Interviews mit Klaus Förter-Vondey beschäftigte sich der dpa-Themendienst mit der Frage, ob eine Betreuung widerrufen werden kann, sowie mit dem Zusammenhang von Demenz und Wahlrecht. Klaus Förter-Vondey wirkte am 26. Juni zudem in der Sendung „Marktplatz“ des Deutschlandfunks zu den Themen Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung mit.

Vertreter des BdB waren 2014 gefragte Gesprächspartner. Klaus Fournell wurde von Autor Sebastian Stoll begleitet (Süddeutsche Zeitung, Badische Zeitung), ein Porträt über Hennes Göers erschien im November in der Nordsee-Zeitung und Cornelia Boose stellte sich als Protagonistin für die Neue Deister Zeitung zur Verfügung. Einen komplizierten Fall von Hans-Jürgen Schlieff nahm die Rheinzeitung zum Anlass, sich ausführlich mit dem Thema „rechtliche Betreuung“ auseinanderzusetzen. Jochen Halbreiter kam als Experte in mehreren Beiträgen des Bayerischen Rundfunks zu Wort, Thomas Behrendt informierte im rbb Kulturradio zum Thema Erben und Jochen Cunz erläuterte im Info-Kanal des Hessischen Rundfunks, wie eine Betreuung zustande kommt und welche Aufgaben er für seine Klienten wahrnimmt. Und schließlich stand Christian Kästner im Mittelpunkt einer Reportage für das MDR-Format „Exakt – die Story“. Am Morgen der Ausstrahlung war Kästner zudem Studiogast in der Sendung „MDR um 11“.

Im Vergleich zu 2013 nutzten die Landesgruppen im vergangenen Jahr intensiver die Möglichkeit, ihre Pressearbeit mit der Unterstützung von Bettina Melzer (nic communication & consulting) zu gestalten. Begleitende Pressemeldungen entstanden zu den Praxistagen der Bundestagsabgeordneten Johann Wadephul, Sabine Sütterlin-Waack (beide Schleswig-Holstein) und Matthias Bartke (Hamburg). Bettina Melzer begleitete die Landesgruppe Bayern zum Termin mit Justizminister Winfried Bausback (Bayern) und Eberhard Marten von der Landesgruppe Hessen zum Gespräch mit der hessischen Bundestagsabgeordneten Bettina Müller. Die Landesgruppe Sachsen wurde beim Thema Herabstufung und beim „Fachtag Betreuungsrecht“ in Meißen unterstützt.

Themen für Pressemeldungen waren außerdem der Messeauftritt der Landesgruppe Bayern auf der ConSozial 2014 in Nürnberg, das Grillfest der Landesgruppe NRW vor dem Düsseldorfer Landtag, die Aktion „Betreuerstadt Mannheim“ der Landesgruppe Baden-Württemberg, die Zusammenarbeit der Landesgruppe Berlin mit der Beschwerde- und In-

formationsstelle Psychiatrie sowie das 14. Forum Betreuungsrecht in Berlin.

Im Vergleich zum Vorjahr konnten somit Anzahl und Qualität der Berichte über Betreuung und die Arbeit des BdB signifikant gesteigert werden.

Mitgliederentwicklung

Im Jahre 2014 sind 422 neue Mitglieder in den BdB eingetreten. Die Mitgliederzahl am 31.12.2014 betrug 6.639. Im Laufe des Jahres sind 251 Mitglieder zum Jahreswechsel ausgetreten und 77 weitere Mitglieder zum Beginn des Jahres 2015 eingetreten.

Finanzen

Grundlage der Finanzplanung war der vom Vorstand am 13.2.2014 nach Vorstellung und Erörterung mit dem Länderrat beschlossene Wirtschaftsplan für das Jahr 2014. In seiner Sitzung vom 25./26.9.2014 beschloss der Länderrat einen Nachtrag zu diesem Wirtschaftsplan. Das erfolgte erstmals in eigener Zuständigkeit aufgrund einer von der Delegiertenversammlung beschlossenen Satzungsänderung.

Die ursprüngliche Planung sah einen Ausgleich des Wirtschaftsplans durch eine Entnahme aus der Geldrücklage in Höhe von 356.600,- Euro vor. Durch sparsame Bewirtschaftung im Vollzug des Wirtschaftsplans und einige Kürzungsmaßnahmen konnte dieser Betrag auf ca. 121.800,- Euro reduziert werden. Deutlich ist aber, dass durch die Expansion des Verbandes und zunehmende Aufgabenfülle ein strukturelles Defizit besteht, dass nur noch für begrenzte Zeit durch Entnahmen aus der Geldrücklage ausgeglichen werden kann.

Im Jahre 2014 stieg der kalkulierte Finanzbedarf insbesondere infolge der Anmietung neuer Geschäftsstellenräume, der Anschaffung einer neuen Verwaltungssoftware, eine deutlich teurere Jahrestagung zum Verbandsjubiläum in Berlin und gesteigerter Aktivitäten diverser Gremien. All das ist im Grunde Ausdruck gesteigerter Aktivitäten des Verbandes und einer weiter voranschreitenden Professionalisierung, löst aber weiteren Finanzierungsbedarf aus. Der Delegiertenversammlung 2015 liegt daher ein gemeinsamer Antrag des Länderrats und des Vorstands vor, die Mitgliedsbeiträge ab dem Jahr 2016 für freiberufliche Betreuer/innen und Betreuungsvereine jeweils um 50,- Euro zu erhöhen.

Im Jahre 2014 wurde im Zuge der Einführung einer neuen Verwaltungssoftware auch die Buchhaltung von der bisherigen Einnahmeüberschussrechnung auf eine Finanzbuchhaltung mit Kostenstellenrechnung umgestellt. Die Systematik der Kostenstellen bildet die Struktur des Verbandes ab. Auf ihrer Grundlage erhält der Vorstand regelmäßige Berichte über den Finanzstatus, ebenso der Länderrat auf seinen Sitzungen. Der Wirtschaftsplan wird inzwischen ebenfalls nach dieser Kostenstellensystematik aufgestellt und dem Länderrat zur Entscheidung vorgelegt.

Die Geschäftsstelle hat Anfang 2015 den vorläufigen Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2014 erstellt. Dieser so erstellte Abschluss wurde dem Länderrat in seiner Sitzung vom 19./20.2.2015 vorgestellt mit dem Hinweis, dass eine abschließende Erstellung durch den Steuerberater des Verbandes noch aussteht.

Der Steuerberater des Verbandes, Herr Dirk Nannen, hat den Jahresabschluss 2014 sowohl in Form einer Gewinn- und Verlustrechnung als auch in der Kostenstellensystematik erstellt. Nachstehende Tabelle enthält die Darstellung der Kostenstellen. Wegen der Umstellung der Systematik ist bei der Kostenstellenrechnung einmalig kein Vergleich mit dem Vorjahr möglich. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde

nach handelsrechtlicher Systematik erstellt und wird hier nicht im Detail dargestellt, da eine Überführbarkeit in das Ergebnis der Kostenstellenrechnung gegeben ist. Festzustellen ist lediglich, dass die Kostenstellenrechnung mit einem Jahresfehlbetrag von -100.045,30 Euro abschließt, die Entnahme aus der Geldrücklage beträgt -121.821,11 Euro. Der Unterschied ergibt sich daraus, dass die Anschaffungskosten insbesondere für die neue Verwaltungssoftware und Einrichtungsgegenstände in den neuen Räumen der Geschäftsstelle kostenmäßig auf mehrere Jahre verteilt abgeschrieben wurden, während vom Zahlungsfluss die Ausgaben insgesamt verbucht wurden.

Kostenstellenrechnung

1. Verbandsorgane	Ist €
Länderrat	34.098,02
Aufwandsentschädigungen des Vorstands	89.300,00
Vorstand intern	20.815,05
Vorstand Lobbyarbeit	9.413,13
Vorstand Sonstige Ausgaben	1.979,25
	155.605,45

2. Verbandsgremien	Ist €
Schiedskommission	0,00
BAGs / AGS	22.328,68
Qualitätsbeirat	14.822,01
	37.150,69

3. Verband/Geschäftsstelle ¹	Ist €
Geschäftsstelle ²	636.136,57
Politische Aktionen	23.833,49
Öffentlichkeitsarbeit	121.581,68
Beratungssystem	31.704,24
Beschwerdestelle	1.064,56
aspekte	162.407,59
kompass	50.639,58
Online-Shop	-2,38
	1.027.365,33

- 1 Es handelt sich bei dem Ausweis um saldierte Werte, unmittelbar den Kostenstellen zuzuordnende Einnahmen wurden mit erfasst.
2 Zur Aufgliederung der Geschäftsstellenpositionen siehe Darstellung in TZ 10

4. Landesgruppen ¹	Ist €
LG Baden-Württemberg	3.723,78
LG Bayern	9.055,81
LG Berlin	2.521,89
LG Brandenburg	6.116,53
LG Bremen	2.131,85
LG Hamburg	1.815,86
LG Hessen	2.395,05
LG Mecklenburg-Vorpommern	943,64
LG Niedersachsen	3.106,98
LG Nordrhein-Westfalen	20.832,52
LG Rheinland-Pfalz	2.705,53
LG Saarland	4.992,53
LG Sachsen	-269,78
LG Sachsen-Anhalt	779,21
LG Schleswig-Holstein	2.259,04
LG Thüringen	1.665,45
	64.775,89

- 1 Es handelt sich bei dem Ausweis um saldierte Werte, unmittelbar den Kostenstellen zuzuordnende Einnahmen wurden mit erfasst.

5. ibp ¹	Ist €
ipb Allgemein ²	97.656,11
ipb Seminare (Zuschussbudget)	-17.924,02
ipb Sonstige Veranstaltungen	2.933,57
	82.665,66

- 1 Es handelt sich bei dem Ausweis um saldierte Werte, unmittelbar den Kostenstellen zuzuordnende Einnahmen wurden mit erfasst.
2 Zur Aufgliederung der ipb Allgemein siehe Darstellung in TZ 11

6. Tagungen / Konferenzen	Ist €
Jahrestagung	170.706,94
Fachkonferenzen	0,00
	170.706,94

7. Qualitätsregister ¹	Ist €
Qualitätsregister	8.095,44
	8.095,44

1 Zur Aufgliederung des Qualitätsregisters siehe Darstellung in TZ 12

8. Zusammenfassung	Ist €
Verbandsorgane	155.605,45
Verbandsorgane	37.150,69
Verband/Geschäftsstelle	1.027.365,33
Landesgruppen	64.775,89
ibp	82.665,66
Tagungen/Konferenzen	170.706,94
Qualitätsregister	8.095,44
	1.546.356,40

9. Ergebnis	€	€
Mitgliedsbeiträge	1.340.668,37	
Leistungsentgelte	251.523,22	
Sonstige betriebliche Erträge	6.323,79	
Zinserträge	1.237,30	
Zwischensumme	1.599.752,68	
davon bereits den Kostenstellen zugeordnet:	-153.432,58	1.446.320,10
Ausgaben		1.546.365,40
Jahresergebnis lt. Kostenstellenrechnung		-100.045,30

10. Geschäftsstelle	€	€
Gehälter		
Gehälter	313.173,43	
Aufwand gesetzliche Sozialversicherung	73.365,55	
Beiträge Berufsgenossenschaft	1.610,13	
Aufwand zur Altersvorsorge	14.709,68	
Aushilfslöhne	929,93	403.788,72
Fremdleistungen / Honorare		19.862,63
Raumkosten		
Miete (Netto-Kalkkosten)	59.024,30	
Nebenkosten (Strom etc.)	16.714,01	
Reinigungskosten	6.303,80	
Sonstige Raumkosten	258,47	82.300,58
Rechts- und Beratungskosten, Buchhaltung		35.029,22
Reisekosten		6.496,49
Bewirtung, Repräsentationskosten und Geschenke		6.812,57
Abschreibungen auf Anlagevermögen		17.060,97
EDV-Betreuungskosten und Instandhaltung		8.782,64
Mitgliedschaften		328,80
Gerichtsverfahren		1.145,02
Versicherungen		14.281,52
Künstlersozialkasse		17.014,50
Geschäftsbedürfnisse		23.232,91
		636.136,57

11. ipb Allgemein	€	€
Gehälter und Soziale Abgaben		59.091,53
Raumkosten		
Miete (Netto-Kalkkosten)	16.309,40	
Nebenkosten (Strom etc.)	4.400,73	
Reinigungskosten	1.685,49	
Sonstige Raumkosten	37,77	22.433,39
Öffentlichkeitsarbeit		8.665,22
Reisekosten		2.201,87
Abschreibungen auf Anlagevermögen		2.637,64
Geschäftsbedürfnisse		2.626,46
		97.656,11

12. Qualitätsregister	€	€
Einnahmen		14.131,32
Gehälter und Soziale Abgaben		9.653,31
Raumkosten		
Miete (Netto-Kalkkosten)	2.329,90	
Nebenkosten (Strom etc.)	628,68	
Reinigungskosten	240,76	
Sonstige Raumkosten	118,17	3.317,51
Öffentlichkeitsarbeit		4.889,96
Reisekosten		817,87
Abschreibungen auf Anlagevermögen		1.235,09
Geschäftsbedürfnisse		2.313,02
		8.095,44

Entwicklung des Geldvermögens

		2014		2013	
		EURO	EURO	EURO	EURO
Stand am 01.01.	Sparbuch Haspa 1 (Rücklage)	0,00		139.238,31	
	Sparbuch Haspa 2	0,00		506.364,95	
	Sparanlage für Firmen Haspa	498.990,77		0,00	
	Sparbuch Mietkaution	19.015,02		18.892,06	
	Sparbuch Mietkaution 1	28.100,00		0,00	
	Girokonto Hamburg	53.657,03		72.638,16	
	Festgeldkonto	150.000,00		50.000,00	
	Kassenbestand	240,77	750.003,59	499,00	787.632,48
Stand am 31.12.	Sparanlage für Firmen Haspa	462.072,07		498.990,77	
	Sparbuch Mietkaution	0,00		19.015,02	
	Sparbuch Mietkaution 1	28.163,79		28.100,00	
	Girokonto Hamburg	137.842,31		53.657,03	
	Festgeldkonto	0,00		150.000,00	
	Kassenbestand	104,31	628.182,48	240,77	750.003,59
Veränderung des Geldvermögens			-121.821,11		-37.628,89